

# **Resolution der Stadtvertretung Kappeln einstimmig beschlossen am 15.07.2009**

## **CO<sub>2</sub>-Einlagerung im Kreis Schleswig-Flensburg**

1. Die Stadt Kappeln lehnt die Planung und Durchführung von Maßnahmen zu CCS im Kreis Schleswig-Flensburg ab.
2. Die Stadtvertretung fordert Bundesregierung und Bundestag, Landesregierung und Landtag sowie die Kreisverwaltung und den Kreistag auf, sich dafür einzusetzen, dass der Untergrund des Kreises Schleswig-Flensburg sowie seiner Nachbarkreise nicht als Endlager für CO<sub>2</sub> aus Kohlekraftwerken genutzt wird, und dass die entsprechenden Explorationsvorhaben der RWE-DEA eingestellt werden.
3. Die Landesregierung Schleswig-Holstein wird aufgefordert, von ihrem Recht nach §54 Abs. 2 Satz 2 BbergG Gebrauch zu machen, um die Rechte der von CO<sub>2</sub>-Lagerungen betroffenen Gemeinden zu stärken und ihnen weitergehende Beteiligungsrechte einzuräumen.